

Steuerung von Bildungsübergängen im Schweizer Bildungssystem – Komplexe Handlungskoordination innerhalb des bildungspolitischen Zielkorsetts

Raffaella Simona Esposito, Sandra Hafner, Regula Julia Leemann

1 Thematik

Das Schweizer Bildungssystem kennt auf der zertifizierenden Sekundarstufe II neben dem Gymnasium und der dual organisierten beruflichen Erstausbildung¹ sogenannte *berufsfeldorientierte Mittelschulen*: die allgemeinbildende und zugleich berufsfeldorientierte Fachmittelschule (FMS) und die vollzeitschulisch organisierten beruflichen Erstausbildungen wie Wirtschafts-/Handelsmittelschule (WMS/HMS) oder Informatikmittelschule (IMS). Der gegenwärtige demografische Wandel mit einem massiven Anstieg der Schüler*innenzahlen erfordert bildungspolitische Lösungen, um (künftig) genügend Ausbildungsplätze bereitzustellen. Im Falle der berufsfeldorientierten Mittelschulen und des Gymnasiums sind die Kantone für das Angebot und die Regelung der Zulassungsbedingungen zuständig. Bildungspolitisch besteht ein Konsens, dass die Gymnasialquote, d.h. der relative Anteil an Gymnasiast*innen, nicht erhöht werden soll. Die Anzahl Ausbildungsplätze der beruflichen Erstausbildung hingegen ist von der Wirtschaft abhängig. Deshalb geraten in der jetzigen Situation die berufsfeldorientierten Mittelschulen als Möglichkeit der Erhöhung von Ausbildungsplätzen neben Gymnasium und dualer beruflicher Erstausbildung in den Fokus der Bildungspolitik.

Gleichzeitig werden die berufsfeldorientierten Mittelschulen aber auch als Konkurrenz zur dualen beruflichen Erstausbildung wahrgenommen. Aus diesem Grund gibt es in gewissen Kantonen Bestrebungen zur Kontingentierung der Ausbildungsplätze an den berufsfeldorientierten Mittelschulen. Dieser Beitrag ist Teil eines Forschungsvorhabens, das sich angesichts der gegenwärtigen demografischen Entwicklungen mit der Bedeutung der berufsorientierten Mittelschulen in der bildungspolitischen Steuerung des Übergangs in die nachobligatorische Sekundarstufe II beschäftigt.

2 Zielsetzung und Fragestellungen

In der Schweiz wurden Transitionen bisher in erster Linie aus der Perspektive der individuellen Laufbahn und den ihr zugrundeliegenden Einflussfaktoren untersucht. Eine institutionelle Perspektive auf Transitionen mit Fokus auf Bildungsangebote, Zugangsregelungen sowie Akteurskonstellationen ist bislang größtenteils unerforscht. Der vorliegende Beitrag adressiert diese Forschungslücke und zeigt, *wie Steuerung von Angebot und Zugang zu den berufsfeldorientierten Mittelschulen (FMS, WMS/HMS, IMS) im Zusammenspiel von Bildungspolitik, Bildungsverwaltung, Wissenschaft und Praxis hervorgebracht wird*. Folgende Fragen werden dazu beantwortet:

- *Wie*, d.h. mittels welcher *Strategien und Instrumente* werden bildungspolitische Zielvorgaben zu den berufsfeldorientierten Mittelschulen anvisiert und handlungspraktisch realisiert?
- Welche *Akteure* sind in diesem Prozess involviert und müssen ihr Handeln koordinieren?
- Welche *Rechtfertigungslogiken* werden hierbei von den steuerungsrelevanten Akteuren mobilisiert?
- Welche *Spannungsfelder, Friktionen und Konflikte* entstehen in der Handlungskoordination?
- Wie werden Dispute überwunden und welche *Lösungen* werden gefunden?

3 Theorie

Die Soziologie der Konventionen bietet einen passenden theoretischen Rahmen, um das Koordinations- und Steuerungshandeln vielfältiger Akteure beim Übergang in die berufsfeldorientierten Mittelschulen empirisch zugänglich zu machen (Graß & Alke, 2019; Leemann, 2019; Peetz & Sowada, 2019).

Um Rechtfertigungen, Handlungsabstimmungen und dabei entstehende Dispute und Friktionen untersuchen zu können, eignet sich als Ausgangspunkt der Analyse ein sogenannter «Critical Moment» (Boltanski & Thévenot, 1999, S. 359): eine von Unsicherheit geprägte Situation, in der bisherigen Routinen und Selbstverständlichkeiten etwa bzgl. Angebot und Zugang zu berufsfeldorientierten Mittelschulen in Frage gestellt werden, Neuverhandlungen erforderlich sind, Konflikte überwunden und alternative Lösungen gefunden werden müssen. Mit Bezug auf die Soziologie der Konventionen (EC) geht der vorliegende Beitrag davon aus, dass Steuerung von Übergängen im Bildungssystem im Sinne eines «komplexe[n] konventionelle[n] Arrangement[s]» (Dahmen, 2019) individuelle Ausbildungsentscheidungen von Jugendlichen, vorherrschende bildungspolitische und gesellschaftliche Diskurse, begrenzte räumliche und finanzielle Ressourcen, kantonale Besonderheiten u.v.m. integrieren und handhaben muss. Steuerung wird demnach als situative Praxis verstanden, in der Akteure in der Handlungsabstimmung plurale, konkurrierende, sich widersprechende Logiken und Rechtfertigungsordnungen mobilisieren und koordinieren müssen. Sie stützen sich dabei auf ein Set von Konventionen, um ihr Steuerungshandeln zu begründen, Widersprüche situativ auszuhandeln, Kritik zu üben, Kompromisse einzugehen oder alternative Lösungen anzustreben. Um die in den Steuerungsbemühungen eingesetzten Strategien und Instrumente zu untersuchen, beziehen wir uns auf das Konzept der Form-Investition: Durch Investitionen in (im-)materielle Formen werden Konventionen und konventionenbasierte Kompromisse in der Handlungskoordination wirkmächtig, stabilisiert und erlangen situativ Reichweite und Mächtigkeit (Daudigeos & Valiorgue, 2018; Dodier, 2010; Thévenot, 2014)

¹ Insbesondere in der französischsprachigen Schweiz sind zudem schulisch organisierte berufliche Erstausbildungen weit verbreitet.

4 Daten und Methoden

Untersucht wird im Rahmen einer kantonalen Fallstudie das dynamische Steuerungsgeschehen in einem mittel-schulstarken Deutschschweizer Kanton, der die bisherigen Zulassungsbedingungen zu den berufsfeldorientierten Mittelschulen FMS und WMS (Erreichen eines bestimmten Notendurchschnitts) um das Absolvieren eines Ausbildungswahl-Tools, das sogenannte „Informationssetting“ ergänzt hat. Zu diesem Setting gehören insbesondere ein Online-Self-Assessment, in welchem Jugendliche zum einen Informationen zu im Schweizer Bildungssystem möglichen Abschlüssen und Ausbildungswegen erhalten und sich zum anderen im Rahmen unterschiedlicher Aufgaben mit den eigenen Eignungen und Neigungen sowie alternativen Ausbildungsoptionen auseinandersetzen sollen.

Die Datengrundlage umfasst Dokumente wie Informationsbroschüren, Websites, Berichte von Arbeitsgruppen, Medienmitteilungen, parlamentarische Debatten, u.v.m. Um im Sinne der EC die «Perspektive der Koordinierenden» (Diaz-Bone, 2018, S. 393) zu berücksichtigen, wurden zudem fünf qualitative Experteninterviews (Meuser & Nagel, 2009) mit Vertretungen aus Bildungsverwaltung, Wissenschaft (Projektgruppe «Informationssetting») und Praxis (FMS-Schulleitungen) ergänzt. Ausgewertet wurden die Daten vor dem konventionentheoretischen Hintergrund mithilfe einer theoriegeleiteten qualitativen Inhaltsanalyse (Gläser & Laudel, 1999, 2010) unter Einbezug argumentationstheoretischer Analysestrategien (Eggler, 2006; Toulmin, Rieke, & Janik, 1979).

5 Wichtigste Ergebnisse

Der Beitrag verdeutlicht am Beispiel des «Informationssettings», wie Steuerung von Bildungsübergängen im Zusammenspiel von Bildungspolitik, Bildungsverwaltung, Wissenschaft und Praxis modelliert, ausgehandelt, konfliktiv in Frage gestellt, disputiert, neu verhandelt und schließlich in der Praxis anders als ursprünglich intendiert, aber stets innerhalb des bildungspolitischen Zielkorsetts realisiert wird.

Legitimiert mit Sparmaßnahmen und einer im interkantonalen Vergleich „zu hohen“ Quote berufsfeldorientierter Mittelschulen soll im untersuchten Kanton die Anzahl FMS- und WMS-Klassen reduziert und damit die kostengünstigere duale berufliche Erstausbildung gestärkt werden. Die Bildungspolitik verfolgt eine direkte und aktive Steuerungsstrategie und will die für die Zulassung erforderlichen Schulnoten anheben. Dies ruft seitens Bildungsverwaltung Kritik hervor, wonach „Jugendliche nicht aufgrund von finanzpolitischen Überlegungen der weiteren Bildung zuweisen [werden sollen, R.E.], sondern aufgrund von dem, was sie wollen und was sie können“ (Vertretung Bildungsverwaltung). Um diesen konfliktträchtigen Critical Moment zwischen Bildungspolitik und -verwaltung zu überwinden, beauftragt Letztere Bildungsforschende zusammen mit Leitenden berufsfeldorientierter Mittelschulen, eine „Lenkungsmöglichkeit [zu entwickeln, R.E.]“, die immer noch auf dem Entscheid beruht, den dann die Jugendlichen eigentlich selber fällen“ (Vertretung Bildungsverwaltung). Es entsteht das «Informationssetting», das als additive Zulassungsbedingung implementiert wird und Jugendliche bei einer reflektierteren Ausbildungsentscheidung für diese Schulen unterstützen soll. Damit setzt die Bildungsverwaltung im Kontrast zum Vorschlag der Bildungspolitik zur Erreichung der Zielvorgabe eine passive und indirekte Steuerungsstrategie um: Über die durch das «Informationssetting» angeregte Reflexion der Ausbildungswahl sollen sich Jugendliche vermehrt gegen eine FMS und WMS und für eine duale berufliche Erstausbildung entscheiden. Damit könnte, so die Strategie der Bildungsverwaltung, die gewünschte Reduktion der Anzahl Klassen erreicht werden. Die Entscheidung, und damit das eigentliche situativ-konkrete Steuerungshandeln, findet jedoch im Sinne einer Self-Governance durch die Jugendlichen statt.

Anhand des von Bildungspolitik, Bildungsverwaltung, Wissenschaft und Praxis ausgearbeiteten, genehmigten und implementierten «Informationssettings» kann gezeigt werden, wie Akteure in einer durch unterschiedliche Gemeinwohlorientierungen spannungsgeladenen Koordinationssituation Lösungen suchen. Sie investieren in neue Formen, die in die individuelle Situation der Berufs- und Schulwahl eingreifen. Indem das gewählte Arrangement und Instrument zugleich verschiedene Logiken der Steuerung von Bildungsübergängen als Kompromiss in sich vereint, fungiert es in der Handlungskoordination i.S. eines sogenannten «intermediary objects» (Thévenot, 2014, S. 17), das eine «coordinative power» (Thévenot, 2014, S. 18) in Richtung der bildungspolitisch erwünschten Zielvorgabe entfalten soll.

Der Beitrag bietet *erstens* eine Alternative zu herkömmlichen Verständnissen von Bildungssteuerung (u.a. Alt-richter, Brüsemeister, & Wissinger, 2007; Brüsemeister & Kussau, 2007). Insbesondere die zentrale Bedeutung und Funktion der Soziomaterialität für Koordinationssituationen im Rahmen der Steuerung von Bildungsübergängen sowie deren handlungspraktische Wirkung an den verschiedenen Stationen der «transition chain» (Hafner, Esposito, & Leemann, 2022) werden im Beitrag diskutiert. Ausgehend davon plädiert der Beitrag dafür, Steuerung von Bildungsübergängen nicht nur als Ergebnis eines Zusammenspiels verschiedener steuerungsrelevanter Akteure zu denken, sondern zusätzlich auch als «assemblage of human and non-human actors» (Landri, 2015, S. 607). Damit bietet der Beitrag auch praktische Implikationen für zukünftige konventionentheoretisch angeleitete Untersuchungen im Bereich der Governanceforschung. *Zweitens* ergänzt der Beitrag bisherige Studien im Bereich der Transitionsforschung, die in der Tradition von Rational Choice und Habitus auf individuelle Bildungsentscheidungen fokussieren, um die Perspektive einer bildungspolitischen Governance von Übergängen: Bildungsentscheidungen von Jugendlichen sowie die Verteilung der Jugendlichen auf der Sekundarstufe II sind nicht einfach Ergebnis eines in deren Persönlichkeit o. ä. verankerten Prozesses, sondern immer eingebettet in institutionelle Bedingungen wie Zugangsregelungen, Selektionsprozesse, Angebot, Erreichbarkeit u. a. und damit stets auch Ausdruck eines situativen, institutionellen Handelns steuerungsrelevanter Akteure.

Literaturverzeichnis

- Altrichter, H., Brüsemeister, T., & Wissinger, J. (Hrsg.). (2007). *Educational Governance. Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem*. Educational Governance (1. Auflage., Bd. 1). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Abgerufen von <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90498-6>
- Boltanski, L., & Thévenot, L. (1999). The Sociology of Critical Capacity. *European Journal of Social Theory*, 2(3), 359–377.
- Brüsemeister, T., & Kussau, J. (2007). Educational Governance: Zur Analyse der Handlungskoordination im Mehrebenensystem der Schule. In H. Altrichter, T. Brüsemeister, & J. Wissinger (Hrsg.), *Educational Governance: Handlungskoordination und Steuerung im Bildungssystem*, Educational Governance (1. Auflage., Bd. 1, S. 15–54). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Abgerufen von <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-90498-6>
- Dahmen, S. (2019). Soziale Arbeit als «art of composition» – Zur konventionsbasierten Regulierung von Übergängen von der Schule in Ausbildung in Motivationssemestern. In C. Imdorf, R. J. Leemann, & P. Gonon (Hrsg.), *Bildung und Konventionen: Die «Economie des conventions» in der Bildungsforschung*, Soziologie der Konventionen (S. 403–426). Wiesbaden: Springer VS.
- Daudigeos, T., & Valiorgue, B. (2018). On objects and material devices in organisational responses to institutional pluralism: Insights from economies of worth. *Management international*, 22(3), 121–128.
- Diaz-Bone, R. (2018). *Die «Economie des conventions»* (2. Aufl.). Wiesbaden: Springer VS.
- Dodier, N. (2010). Konventionen als Stützen der Handlung. Elemente der soziologischen Pragmatik. *Trivium*, (5), 1–21.
- Eggler, M. (2006). *Argumentationsanalyse textlinguistisch: Argumentative Figuren für und wider den Golfkrieg von 1991*. Reihe Germanistische Linguistik (Bd. 268). Tübingen: Max Niemeyer.
- Gläser, J., & Laudel, G. (1999, Januar 1). Theoriegeleitete Textanalyse? Das Potential einer variablenorientierten Inhaltsanalyse. (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Hrsg.) WZB Discussion Paper. Berlin. Abgerufen von <https://www.econstor.eu/handle/10419/50917>
- Gläser, J., & Laudel, G. (2010). *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. Lehrbuch (4. Auflage.). Wiesbaden: Springer VS. Abgerufen von <http://dnb.info/1002141753/04>
- Graß, D., & Alke, M. (2019). Die Soziologie der Konventionen und ihr analytisches Potenzial für die Educational Governance Forschung. In R. Langer & T. Brüsemeister (Hrsg.), *Handbuch Educational Governance Theorien*, Educational Governance (1. Auflage., Bd. Band 43, S. 219–246). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Hafner, S., Esposito, R. S., & Leemann, R. J. (2022). Transition to Long-Term Baccalaureate School in Switzerland: Governance, Tensions, and Justifications. *Education Sciences*, 12(2), 93.
- Landri, P. (2015). The Sociomateriality of Education Policy. *Discourse: Studies in the Cultural Politics of Education*, 36(4), 596–609.
- Leemann, R. J. (2019). Educational Governance von Ausbildungsverbänden in der Berufsbildung – die Macht der Konventionen. In R. Langer & T. Brüsemeister (Hrsg.), *Handbuch Educational Governance Theorien*, Educational Governance (1. Auflage., Bd. Band 43, S. 265–287). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Meuser, M., & Nagel, U. (2009). Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. In S. Pickel, D. Jahn, H.-J. Lauth, & G. Pickel (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft: Neue Entwicklungen und Anwendungen* (1. Aufl., S. 465–479). Wiesbaden: Springer VS.
- Peetz, T., & Sowada, M. (2019). Koordination und Konvention. Eine pragmatistische Perspektive auf Educational Governance. In R. Langer & T. Brüsemeister (Hrsg.), *Handbuch Educational Governance Theorien*, Educational Governance (1. Auflage., Bd. Band 43, S. 247–264). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.
- Thévenot, L. (2014). Voicing Concern and Difference: From Public Spaces to Common-Places. *European Journal of Cultural and Political Sociology*, 1(1), 7–34.
- Toulmin, S., Rieke, R., & Janik, A. (1979). *An Introduction to Reasoning*. New York: Macmillan Publishing Co.